

Flugplatzausbau auf der Agenda

Verwaltung attestiert Bedarf

Bereits ein im September 2012 vom Stadtrat verabschiedeter Prüfauftrag zur Wiederbelebung des Themas Flugplatzausbau sorgte für jede Menge Wirbel. Jetzt hat die Verwaltung das Prüfergebn vorgelegt. Klare Fazit: pro Ausbau.

chen und nichtgewerblichen Verkehr nicht genügen. Seite der Status quo - ohne Charter- und Linienflüge - greicht werden, sei ein Ausbau auf 1800 bzw. besser noch 1800 Meter unabdingbar, zumal damit „die Lärmbelastigung für die Wohnbevölkerung deutlich reduziert werden“ könne (größere Oberflughöhen, Verlegung



Ausnahmserscheinung: Eine Transall der Bundeswehr landet anno 2010 anlässlich der Messe Air Magdeburg auf dem Flugplatz; im Hintergrund der Ortsteil Westerhausen. Neue EU-Richtlinien für die Sicherheit des Flugverkehrs schränken den Geschäftskette bereits heute ein; ab 2014 treten weitere Verschärfungen in Kraft.

Am 21. Juni berichtete die Volksstimme über die Verwaltungsposition zur neuerlichen Frage des Flugplatzausbaus: klares Pro. Die Ausbauegegner formieren sich erneut zum massiven Widerstand.

Grüne zerreißen Positionspapier zum Flugplatzausbau in der Luft

Linke rügt ironischen Tonfall zum sensiblen Thema / Der Rest schweigt

Von Katja Tessnow

Magdeburg • Eigentlich handelte es sich „nur“ um ein Informationspapier an den Stadtrat; Debatten oder Beschlüsse waren nicht geplant. Dennoch meldeten gleich zu Beginn der Sitzung u. a. die Grünen „Redebedarf“ zum Positionspapier der Stadtverwaltung zur Frage des Flugplatzausbaus an. Vertreter der Bürgerinitiative gegen den Ausbau hatten sich ebenfalls im Ratssaal eingefunden. Sie schäumen vor Wut ob der eindeutig pro Ausbau gerichteten Argumentation aus dem Rathaus. Anlass war ein Ratsantrag auf Prüfung neuer Ausbaubegehrlichkeiten. Der Flugplatz selbst meldet sie an, weil neue europarechtliche Sicherheitsauflagen (noch nicht in Kraft), den Betrieb auf dem Verkehrslandeplatz anderenfalls weiter einschränken würden.

Olaf Meister (Grüne) nutzte die Vorlage der Verwaltung zur Generalattacke: „Wir hatten eine kritische, neutrale

Bewertung des Sachverhaltes erwartet, aber diese einseitige Betrachtung ist geradezu mit der Brechstange darauf hingetrimmt, dass man eine Zustimmung zum Ausbau geben muss.“ Die Grünen zweifeln an der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Ausbaus ebenso wie an der Frage, ob aus einem anno 2000 abgehaltenen Planfeststellungsverfahren bis heute Baurecht resultiert. Meister belustigte sich trefflich an Details aus dem Papier wie der Idee einer Schrankenregelung zur Sperrung der Bundesstraße 1 für Starts und Landungen über eine verlängerte Bahn. „Worum geht es denn beim Großteil der Flugbewegungen? Um Übungsflüge; da kommt ein Flugzeug, titscht kurz auf und startet durch. Das sind schon zwei Flugbewegungen und das wiederholt sich und macht die Leute in der Nachbarschaft wahnsinnig. Beim Schrankenkurbeln wäre man kräftig dabei!“

Meister redete sich in Rage - und erfuhr am Ende doch keinerlei positives Echo aus den Ratsreihen. OB Lutz Trümper konstatierte knapp: „Das ist ein Informationspapier, mehr nicht. Wie Sie damit umgehen als Stadtrat, müssen Sie selbst entscheiden. Sie können gerne weiter ihren Spaß damit haben, aber ich werde mich daran nicht beteiligen.“

Während alle anderen Fraktionen auf Meisters Einlassungen mit Schweigen reagierten, ließ sich Linke-Fraktionschef Frank Theile immerhin dazu ein, Meisters ironisierenden Ton zu rügen: „Diese Art brauchen wir in der Diskussion um dieses sensible Projekt nicht. Sie haben damit vielleicht Punkte bei der Bürgerinitiative gesammelt, uns aber ansonsten keinen Schritt weitergebracht.“ Die Linke fordert von der Verwaltung derweil eine konkrete Positionierung, u. a. zu Fragen des Lärmschutzes im Ausbaufall.